

—

**Vergabe einer Rahmenvereinbarung für
Personalsuchdienstleistungen im Bereich ärztlicher Dienst,
medizinische Leitungspositionen sowie Leitungs- und
Spezialpositionen**

—

Verfahrens- und Vertragsbedingungen

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Vergabekennziffer: 2026-05-15/010

Kassel, den 21. Mai 2026

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung und Gegenstand der Ausschreibung	3
1.1 Zweck des vorliegenden Dokuments	3
1.2 Kurzprofil der Auftraggeberin	3
1.3 Auftragsgegenstand.....	3
1.4 Laufzeit	4
1.5 Erfüllungsort.....	4
1.6 Rechnungsstellung.....	4
2 Allgemeine Bestimmungen	4
2.1 Anwendbares Recht, Vertragsbestandteile	4
2.2 Ausschreibende Stelle, Ansprechpartner für Fragen	5
2.3 Nebenangebote, Änderungsvorschläge.....	6
2.4 Vertraulichkeit.....	6
2.5 Bietergemeinschaft.....	6
2.6 Unterauftragnehmer / Eignungsleihe (§§ 36, 47 VgV).....	7
2.7 Vergütung für die Erstellung des Angebots	7
2.8 Gesamtvergabe	8
2.9 Vertragsabschluss	8
2.10 Kündigungsrechte der Auftraggeberin	8
3 Ablauf des Vergabeverfahrens.....	9
3.1 Zeitplan.....	9
3.2 Bieterinnenfragen	9
3.3 Angebotsabgabe.....	10
3.4 Prüfung der Angebote; Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB.....	10
3.5 Weitere Informationen.....	10
4 Eignungsanforderungen und -nachweise	11
4.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	11
4.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	11
4.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	12
4.4 Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen	12
4.5 Sonstige Erklärungen und Angaben	13
5 Anforderungen an das inhaltliche Angebot; A- und B-Kriterien	13
5.1 A-Kriterien „Leistungsverzeichnis“	14
5.2 B-Kriterien „Zuschlagskriterien“	18
6 Datenschutz	19
7 Rechtliches.....	19
7.1 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren.....	19
7.2 Rechtsbehelfsbelehrung.....	20
8 Anlagen.....	20

1 Einführung und Gegenstand der Ausschreibung

1.1 Zweck des vorliegenden Dokuments

Das vorliegende Dokument wurde gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 der Vergabeverordnung (VgV) erstellt, um allen Bewerberinnen und Bieterinnen eine fundierte Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu ermöglichen. Es enthält alle dafür notwendigen Angaben (Bewerbungsbedingungen, Eignungs- und Zuschlagskriterien).

Sofern in den Unterlagen die weibliche Begriffsform verwendet wird, ist diese geschlechtsneutral zu werten (generisches Femininum).

1.2 Kurzprofil der Auftraggeberin

Die Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) ist ein regionaler Gesundheitskonzern, der in Nordhessen ein breites medizinisches Leistungsspektrum von der Grundversorgung bis zur Spitzenmedizin bietet. Mit der Bündelung seiner Kompetenzen kann das Unternehmen eine hochwertige medizinische Versorgung und Pflege garantieren.

Mittelpunkt der GNH ist das Klinikum Kassel als Maximalversorgerin und größtes kommunales Krankenhaus Hessens sowie Akademisches Lehrkrankenhaus der Philipps-Universität Marburg, im Umland stellt das Krankenhaus Bad Arolsen eine wohnortnahe Versorgung sicher. Dazu kommen mehrere Einrichtungen der ambulanten medizinischen Versorgung und Rehabilitation. Die Krankenhäuser der GNH versorgen jährlich ca. 57.000 stationäre Patientinnen und Patienten. Mit über 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und über 440 Ausbildungsplätzen gehört die GNH zu den größten Arbeitgeberinnen und Ausbildungsbetrieben der Region. In Kooperation mit der University of Southampton bietet die Kassel School of Medicine (KSM) ein bilinguales Medizinstudium für jährlich rund 30 Studierende an.

1.3 Auftragsgegenstand

Die Gesundheit Nordhessen Holding AG beabsichtigt, eine Rahmenvereinbarung über Personalsuchdienstleistungen im Bereich ärztlicher Dienst, medizinische Leitungspositionen sowie Leitungs- und Spezialpositionen zu vergeben.

1.4 Laufzeit

Der Vertrag hat eine Laufzeit von 2 (zwei) Jahren. Nach Ablauf der 2 Jahre kann der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr verlängert werden, insgesamt zweimal, sodass die Laufzeit des Vertrags maximal 4 (vier) Jahre beträgt. Der Vertrag wird automatisch jeweils um ein Jahr verlängert, sofern nicht 3 (drei) Monate vor Ablauf des Vertrags schriftlich durch die Auftraggeberin gekündigt wird. Der Vertrag beginnt mit gegenseitiger Unterzeichnung des Vertrags und endet nach Ablauf der Laufzeit automatisch, ohne dass es einer schriftlichen Kündigung bedarf.

1.5 Erfüllungsort

Gesundheit Nordhessen Holding AG
Mönchebergstraße 48e
34125 Kassel

1.6 Rechnungsstellung

Die Abrechnung erfolgt **je nach Gesellschaft** in Abstimmung mit der Personalabteilung.

Bitte geben Sie bei Rechnungsstellung die jeweilige bei Auftragserhalt angegebene **Rechnungsadresse** sowie die **Vergabekennziffer** (s. Deckblatt) deutlich erkennbar an.

Alle Rechnungen sind **digital an folgende E-Mail-Adresse** zu senden:

rechnungen@gnh.net

2 Allgemeine Bestimmungen

2.1 Anwendbares Recht, Vertragsbestandteile

Die Auftragsvergabe erfolgt im Wege eines Offenen Verfahrens gem. § 119 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit § 15 der Vergabeverordnung (VgV).

Für das Vertragsverhältnis gilt deutsches Recht. Nach Zuschlagserteilung werden neben dem vorliegenden Dokument auch folgende Anlagen Vertragsbestandteil:

- 1) Anlage-01_Adress-und-Kontaktdaten
- 2) Anlage-02_Erklaerung-Berwerber-Bietergemeinschaft
- 3) Anlage-03_Erklaerung-persoenliche-Lage
- 4) Anlage-04_Erklaerung-wirtschaftliche-und-finanzielle-Leistungsfahigkeit
- 5) Anlage-05_Erklaerung-technische-und-berufliche-Leistungsfahigkeit
- 6) Anlage-06_Konzern-Leitlinie-Supplier-Code-of-Conduct
- 7) Anlage-07_Eigenerklaerung-RUS-Sanktionen
- 8) Anlage-08_Konzern-Richtlinie-Informationssicherheit
- 9) Anlage-09_GNH-Datenschutzinformation
- 10) Anlage-10_AEB_GNH_2022
- 11) Anlage-11_Leistungsverzeichnis_2026-05-15_010

Sofern weitere Nachweise und Erklärungen von der Auftraggeberin verlangt wurden, werden auch diese Bestandteil des Vertrags.

Allgemeine Geschäfts- oder Lieferbedingungen der Bieterinnen sind ausgeschlossen. Bei IT-Ausschreibungen gelten zusätzlich und übergeordnet die ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen (EVB-IT).

2.2 Ausschreibende Stelle, Ansprechpartner für Fragen

Auftraggeberin

Die Gesundheit Nordhessen Holding AG
Mönchebergstraße 48 E
34125 Kassel

Ansprechpartner ausschreibende Stelle

Herr David Lohmann
Gesundheit Nordhessen Holding AG
Telefon: +49 (0)561/ 980-2939
E-Mail: david.lohmann@gnh.net

Ansprechpartner Einkauf

Herr Dirk Höhre
Gesundheit Nordhessen Holding AG

Zentralbereichsleitung Einkauf

Telefon: +49 (0)561/ 980-2235

E-Mail: dirk.hoehre@gnh.net

Vergabepattform

Die Auftraggeberin verwendet für das Vergabeverfahren die Vergabepattform

Deutsches Vergabeportal: <https://dtvp.de/>

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform. Das gilt für Fragen zum Vergabeverfahren, Antworten auf Bieterinnenfragen, bei Bedarf auch für die Korrektur der Vergabeunterlagen.

2.3 Nebenangebote, Änderungsvorschläge

Änderungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.4 Vertraulichkeit

Die im Rahmen dieser Ausschreibung zur Verfügung gestellten Unterlagen sind vertraulich zu behandeln. Die Bieterin hat über die ihm im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung bekanntwerdenden geschäftlichen Angelegenheiten der Auftraggeberin auch nach Beendigung des Verfahrens Stillschweigen zu bewahren. Sie hat hierzu auch ihre Mitarbeitenden sowie alle an der Erstellung des Angebots beteiligten Personen zu verpflichten.

Die Vergabeunterlagen nebst Anlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung oder Weitergabe (auch auszugsweise), ob vor oder nach Vertragsabschluss, ist ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung (vorherige Zustimmung) der Auftraggeberin nicht statthaft.

2.5 Bietergemeinschaft

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist im Angebot eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Das vertretungsberechtigte Mitglied vertritt die Bietergemeinschaft rechtsverbindlich gegenüber der Auftraggeberin. Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auch nach ihrer

Auflösung gesamtschuldnerisch. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Bietergemeinschaft ist im Angebot darzulegen. Die Auftraggeberin erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Es ist eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschriebene Erklärung abzugeben, dass jedes Bietergemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldnerin haftet, dass das geschäfts- und federführende Mitglied als bevollmächtigte Vertreterin die aufgeführten Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber der Auftraggeberin vertritt und insbesondere berechtigt ist, das Angebot abzugeben sowie mit Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen (siehe Anlage: Anlage-02_Erklaerung-Berwerber-Bietergememeinschaft).

2.6 Unterauftragnehmer / Eignungsleihe (§§ 36, 47 VgV)

Soweit eine Bieterin beabsichtigt, die Ausführungen von Leistungen an andere Unternehmen (Unterauftragnehmer, § 36 VgV) zu übertragen oder in ihrem Angebot die Kapazitäten anderer Unternehmen zur Herstellung ihrer Eignung in Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (§ 47 VgV), hat die Bieterin eine rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung zum beabsichtigten Einsatz der zu übernehmenden Leistungsteile bzw. der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen unter Angabe der von diesen Unternehmen erfüllten Eignungsanforderungen abzugeben.

Darüber hinaus hat die Bieterin eine unterzeichnete Verpflichtungserklärung jeder Unterauftragnehmerin bzw. jedes verleihenden Unternehmens vorzulegen. Im Falle der Eignungsleihe können grundsätzlich auch nur die in der Erklärung aufgeführten Unternehmen für die betroffenen Leistungsteile eingesetzt werden.

Die Bieterin hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

2.7 Vergütung für die Erstellung des Angebots

Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung gewährt.

2.8 Gesamtvergabe

Gemäß § 30 VgV sowie § 97 Abs. 4 GWB sind Leistungen in der Menge aufgeteilt (Teillose) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlose) zu vergeben. Bei der Vergabe kann auf eine Aufteilung oder Trennung verzichtet werden, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern.

In der vorliegenden Ausschreibung liegen naturgemäß sowohl wirtschaftliche als auch technische Gründe vor, die eine Gesamtvergabe begründen: Es wird beabsichtigt, eine Rahmenvereinbarung über Personalsuchdienstleistungen im Bereich ärztlicher Dienst, medizinische Leitungspositionen sowie Leitungs- und Spezialpositionen zu vergeben. Hierbei handelt es sich um einen einheitlichen Auftragsgegenstand, der sich durch eine zusammenhängende Fachrichtung auszeichnet. Eine Untergliederung der zu vermittelnden Positionen in einzelne Teillose würde zu erheblichem Mehraufwand bei der Abwicklung der Verträge zwischen verschiedenen Vertragspartnerinnen, der Abstimmung zwischen den Auftragnehmerinnen sowie administrativem Aufwand bei der Auftraggeberin führen. Dieser Mehraufwand würde in der Folge regelmäßige zeitliche Verzögerungen hervorrufen, die eine enorme Unwirtschaftlichkeit nach sich zögen. Eine weitere Untergliederung und Aufteilung kommt daher aus wirtschaftlichen und technischen Gründen nicht in Betracht.

2.9 Vertragsabschluss

Es gilt deutsches Recht. Allgemeine Geschäfts- oder Lieferbedingungen der Bieterin sind ausgeschlossen.

2.10 Kündigungsrechte der Auftraggeberin

Die Auftraggeberin ist berechtigt, im Falle der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch die Auftragnehmerin oder aus sonstigem wichtigen Grund, den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen.

Für den Fall, dass die Auftragnehmerin trotz Mahnung ihren vertraglichen Pflichten innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt, kann die Auftraggeberin diesen Vertrag ebenfalls mit sofortiger Wirkung ganz oder teilweise schriftlich kündigen.

Ändern sich die für die Maßnahme maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, kann die Auftraggeberin mit einer Frist von sechs Wochen zu dem Inkrafttreten der Rechtsänderung folgendem Quartalsende diesen Vertrag schriftlich kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wegen Nichteinhaltung des Vertrages bleibt davon unberührt.

3 Ablauf des Vergabeverfahrens

3.1 Zeitplan

Meilenstein	Termin
Auftragsbekanntmachung	21.05.2026
Frist zur Einreichung von Fragen	12.06.2026
Frist für den Eingang der Angebote	23.06.2026 – 11:59 Uhr
Angebotsöffnung	23.06.2026 – 12:00 Uhr
Bieterinformation gemäß § 134	10.07.2026 (kann früher erfolgen)
Abs. 1 GWB voraussichtlich	
Zuschlag voraussichtlich	Juli (kann früher erfolgen)
Bindefrist Angebot	1 Monat nach Ablauf der Angebotsfrist

3.2 Bieterinnenfragen

Fragen zum Verfahren oder zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform DTVP via <https://dtvp.de/> einzureichen und werden aus Gründen der Gleichbehandlung allen Bieterinnen nebst den dazugehörigen Antworten in anonymisierter Form zugänglich gemacht.

Bieterinfragen und deren Beantwortung werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Den Bieterinnen wird empfohlen, sich regelmäßig über das Vorliegen von neuen Mitteilungen zu informieren. **Bei Fragen, die nicht spätestens zehn (10)**

Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden, kann eine rechtzeitige Antwort nicht garantiert werden.

Enthält die Ausschreibung nach Auffassung der Bieterin Unklarheiten, so hat sie die Auftraggeberin unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Hinweis: Bieterinnen, die sich für das Verfahren auf der Vergabeplattform registriert haben, werden über eingehende Nachrichten über ihren E-Mail-Account benachrichtigt. Sofern eine Nachricht verspätet gelesen, bearbeitet und/oder beantwortet wird, trägt die Bieterin selbst die für sie entstehenden Nachteile.

3.3 Angebotsabgabe

Das rechtsverbindlich unterzeichnete Angebot ist unter **Angabe der Vergabekennziffer** bis zum **23.06.2026** ausschließlich elektronisch via <https://dtvp.de/> einzureichen.

Die Bindefrist endet **einen** Monat nach Ablauf der Angebotsfrist.

Mit dem Angebot sind die in Ziff. 4 angeforderten Nachweise bzw. Erklärungen einzureichen.

Anforderungen an das inhaltliche Angebot lassen sich Ziff. 5 entnehmen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Ein Anspruch der Bieterinnen hierauf besteht nicht.

3.4 Prüfung der Angebote; Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB

Nach Abgabe der Angebote wird die Eignung der Bieterinnen mittels der eingereichten Eignungsnachweise (vgl. Ziff. 4 „**Eignungsanforderungen und -nachweise**“) geprüft. Im Rahmen der Angebotsauswertung wird das wirtschaftlichste Angebot anhand der in Ziff. 5 „**Anforderungen an das inhaltliche Angebot, A- und B-Kriterien**“ dargelegten Kriterien ermittelt. Die Bieterin, die das wirtschaftlichste Angebot abgibt, erhält den Zuschlag. Die Bieterinnen werden über den beabsichtigten Zuschlag durch Bieterinformationen nach § 134 Abs. 1 GWB informiert.

3.5 Weitere Informationen

Die Auftraggeberin behält sich vor, diese Ausschreibung jederzeit aufzuheben. Die Bieterinnen werden in diesem Fall über die Aufhebung unter Bekanntgabe der Gründe unverzüglich benachrichtigt.

Mit Abgabe des Angebots unterliegen nicht berücksichtigte Bieterinnen den Bestimmungen des § 62 VgV.

4 Eignungsanforderungen und -nachweise

Die nachfolgend aufgeführten Eignungsanforderungen sind von der Bieterin zu erfüllen. Die dafür erforderlichen Nachweise bzw. Erklärungen sind zur Eignungsprüfung vorzulegen. Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft sind die Eignungsanforderungen von der Bietergemeinschaft insgesamt zu erfüllen.

Wenn für die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe nach § 47 VgV, siehe Ziff. 2.6) in Anspruch genommen werden sollen, so sind die entsprechenden Nachweise bzw. Erklärungen auch von diesem Unternehmen zu erbringen.

Sofern von der Auftraggeberin Formulare bzw. Vordrucke für die Eigenerklärungen zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden.

4.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Anforderungen:

- ☐ Erlaubnis zur Berufsausübung (im Falle eines Konsortiums nicht nur für die Konsortialführerin, sondern für alle Konsortialmitglieder)
- **Nachweis:** Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister (Registerauszug; bei Ablauf der Angebotsfrist nicht älter als sechs Monate) nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Bieterin bzw. das Konsortialmitglied ansässig ist.
Alternativ ein anderer Nachweis über die Erlaubnis zur Berufsausübung.

4.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Anforderungen:

- ☐ Mindestjahresumsatz von 4.000.000,00 EUR
- **Nachweis:** Erklärung über den Gesamtumsatz für die letzten drei Geschäftsjahre, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind – via Anlage-04_Erklaerung-wirtschaftliche-und-finanzielle-Leistungsfahigkeit.

☐ Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen, die bereits vorliegt bzw. im Auftragsfalle abgeschlossen wird:

- Sachschäden: 2 Mio. EUR; Personenschäden: 5 Mio. EUR; Vermögensschäden: 2 Mio. EUR
- **Nachweis:** Vorlage einer entsprechenden Versicherungsbescheinigung sowie Eigenerklärung über die Höhe der Betriebshaftpflicht (Erklärung, dass die geforderte Höhe durch die bestehende Versicherung der Bieterin abgedeckt wird oder, falls dies nicht der Fall ist, eine Verpflichtungserklärung darüber, dass die Bieterin bei Zuschlagserteilung auf die geforderte Versicherungssumme aufstockt.) (Siehe Anlage-04_Erklaerung-wirtschaftliche-und-finanzielle-Leistungsfahigkeit)

4.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Anforderungen:

☐ Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist via Einreichung der unterschriebenen Anlage-05_Erklaerung-technische-und-berufliche-Leistungsfahigkeit zu bestätigen.

- **Nachweis:** Anlage-05_Erklaerung-technische-und-berufliche-Leistungsfahigkeit

4.4 Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

☐ **Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB** sowie gegebenenfalls Maßnahmen der Bieterin zur Selbstreinigung nach § 125 GWB. Im Falle eines Bieterkonsortiums von jedem Konsortialmitglied auszufüllen. Im Falle der Eignungsleihe (§ 47 GWB) von jedem verleihenden Unternehmen auszufüllen.

- **Nachweis:** Anlage-03_Erklaerung-persoенliche-Lage

☐ **Eigenerklärung gemäß Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014** in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen

Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Im Falle eines Bieterkonsortiums von jedem Konsortialmitglied auszufüllen.

- **Nachweis:** Anlage-07_Eigenerklärung-RUS-Sanktionen

4.5 Sonstige Erklärungen und Angaben

☐ Bei Bietergemeinschaften: Erklärung der Bietergemeinschaft (siehe Ziff. 2.5 „**Bietergemeinschaft**“

- **Nachweis:** Anlage-02_Erklärung-Berwerber-Bietergemeinschaft

☐ Bei Unteraufträgen/ Eignungsleihe (siehe Ziff. 1.6 „**Unterauftragnehmer / Eignungsleihe (§§ 36, 47 VgV)**“):

- **Nachweis:** Eigenerklärung zum beabsichtigten Einsatz von Unterauftragnehmern/ zur Inanspruchnahme von Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe
- **Nachweis:** Vorlage einer Verpflichtungserklärung (Anlage 05) jedes Unterauftragnehmers / jedes verleihenden Unternehmens, im letzteren Fall ggf. mit Haftungserklärung

☐ Nennung einer Kontaktperson/ Angaben zur Bieterin (Angabe von Namen, Kontaktdaten etc.)

- **Nachweis:** Anlage-01_Adress-und-Kontaktdaten

5 Anforderungen an das inhaltliche Angebot; A- und B-Kriterien

Die Wirtschaftlichkeit eines Angebots wird anhand des Zuschlagskriteriums Preis ermittelt. Zur Erzielung eines bestmöglichen Bewertungsergebnisses werden im Folgenden die Anforderungen an das inhaltliche Angebot erläutert.

Bei der Angebotserstellung sind die hier genannten Bedingungen des zu schließenden Vertrags als maßgeblich zugrunde zu legen.

5.1 A-Kriterien „Leistungsverzeichnis“

Das Angebot ist in übersichtlicher, lesbarer und nachvollziehbarer Form in deutscher Sprache zu erstellen. Es muss eine Ansprechperson für Fragen benennen.

Die nachfolgenden Kriterien stellen sogenannte A-Kriterien (Ausschlusskriterien) dar.

A-Kriterien müssen erfüllt sein. **Bei Nichterfüllung muss das entsprechende Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden.**

Leistungsverzeichnis¹

1. Erfolgshonorar

Die Vergütung der Auftragsnehmerin erfolgt ausschließlich erfolgsabhängig. Ein Honorar wird nur fällig, wenn ein von der Auftragnehmerin vermittelter Kandidat oder eine Kandidatin einen Arbeitsvertrag mit einer Gesellschaft der Gesundheit Nordhessen unterzeichnet und die Tätigkeit tatsächlich aufgenommen hat.

2. Ausschluss erfolgsunabhängiger Vergütungsbestandteile

Die nachfolgend genannten Vergütungsbestandteile gelten als Retainer und sind ausgeschlossen:

- Startpauschalen
- Aufwandspauschalen
- Suchpauschalen oder Projektstartgebühren
- Präsentationshonorare
- Zwischenraten während der Suche
- Auslagenpauschalen
- Kosten für Anzeigen oder Marketingmaßnahmen
- Sonstige erfolgsunabhängige Gebühren

3. Zulässige Teilzahlung (erfolgsabhängig)

Falls die Auftragnehmerin eine gestufte Zahlung anbietet, gilt verbindlich:

- Maximal 1/3 des Gesamthonorars ist frühestens nach tatsächlicher Arbeitsaufnahme zulässig
- Teilzahlungen vor tatsächlicher Arbeitsaufnahme sind ausgeschlossen

¹ Im Leistungsverzeichnis sind die Anforderungen der Auftraggeberin an den Ausschreibungsgegenstand definiert.

- Die Restzahlung erfolgt ausschließlich nach erfolgreicher Probezeit. Scheidet die vermittelte Person während der Probezeit aus, die im Verantwortungsbereich der Auftragsnehmerin liegen (z.B. unzureichende Referenzprüfung, unrichtige Kandidatenangaben, bewusst falsche Darstellung von Kompetenzen, positives Framing von Problemen aus früheren Arbeitsverhältnissen), so verpflichtet sich die Auftragnehmerin zu einer kostenlosen Nachbesetzung. Erfolgt die Nachbesetzung nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums, ist die zuvor geleistete Teilzahlung (max. 1/3) von der Auftragnehmerin an die Auftraggeberin zurückzuerstatten. Als angemessener Zeitraum für eine Nachbesetzung gelten grundsätzlich bis zu 4 Monate ab Mitteilung des Ausscheidens, wobei je nach Fachrichtung, Qualifikationsniveau und Arbeitsmarktbedingungen ein längerer Zeitraum zulässig sein kann.

4. Leistungsgegenstand

Die Auftragnehmerin erbringt Dienstleistungen der Personalvermittlung im Bereich Ärztlicher Dienst, medizinische Leitungspositionen sowie Leitungs- und Spezialpositionen.

4.1 Grundsatz der Auftragsbezogenheit

Die Auftragnehmerin wird ausschließlich auf ausdrückliche Anforderung der Auftraggeberin tätig. Eine Initiativübersendung von Kandidatinnenprofilen, Lebensläufen oder Kurzdossiers, ohne die vorherige schriftliche Anforderung eines Suchauftrages ist unzulässig und begründet keinerlei Vergütungsansprüche.

4.2 Übermittlung ohne Beauftragung

Vorschläge oder Profile, die ohne explizite Beauftragung übersendet werden, gelten als unverbindlich und lösen weder einen Bearbeitungsanspruch noch einen Vergütungsanspruch aus. Dies gilt unabhängig davon, ob der vorgeschlagene Kandidat oder die Kandidatin später in einer der GNH-Gesellschaften eingestellt wird.

4.3 Vorrang der GNH eigenen Kontakte

Kandidaten und Kandidatinnen, zu denen die GNH bereits vor der ersten Vorstellung durch die Auftragnehmerin in einem nachweisbaren Kontakt stand (z.B. durch eigene Direktansprache, laufende Bewerbung, Talentpool), gelten nicht als von der

Auftragnehmerin vermittelt und es entsteht kein Vergütungsanspruch. Die GNH kann der Auftragnehmerin innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Erhalt eines Kandidatinnenprofils nachweisen, dass ein Kontakt bereits bestand. Als zulässige Nachweise gelten:

- E-Mailverläufe
- Eingang von Bewerbungsunterlagen
- Screenshots aus beruflichen Netzwerken über die erfolgte Direktansprache

4.4 Leistungsumfang und Anforderungen an den Auftragsgeber

Die Vermittlungsleistungen beziehen sich auf die Besetzung von ärztlichen Positionen im gesamten Spektrum der Medizin in den Einrichtungen der GNH. Hierzu zählen insbesondere, jedoch nicht abschließend Positionen in sämtlichen klinischen Fachrichtungen einschließlich Assistenzärzte und -ärztinnen, Fachärzte und -ärztinnen, Oberärzte und -ärztinnen sowie leitende ärztliche Funktionen. Darüber hinaus umfasst der Leistungsgegenstand die Vermittlung von Leitung- und Spezialpositionen außerhalb des ärztlichen Bereichs, insbesondere in den Bereichen Klinikmanagement und Verwaltung sowie vergleichbare Funktionen.

Die Auftragnehmerin informiert die GNH mindestens alle 14 Tage über den aktuellen Stand der Suche. Vorstellungen erfolgen ausschließlich mit:

- Lebenslauf
- Qualifikationsnachweisen
- Angabe zur Verfügbarkeit
- Gehaltsvorstellung

4.5 Mindestanforderung an die Prüfung der Kandidaten und Kandidatinnen

Die Auftragnehmerin hat vor jeder Vorstellung eines Kandidaten bzw. einer Kandidatin mindestens folgende Prüfungen vorzunehmen:

- Abgleich der fachlichen Qualifikation mit dem jeweiligen durch die Auftraggeberin übermittelten Anforderungsprofil
- Prüfung der formalen Qualifikationen und berufsrechtlichen Voraussetzungen (Approbation, Berufsurkunde, Zusatzweiterbildungen)

4.6 Abbruch eines Suchauftrages

Die Auftraggeberin kann den Suchauftrag jederzeit ohne Kostenfolge abbrechen, solange keine Einstellung erfolgt ist.

4.7 Kandidatenschutz und Sperrfrist

Ein von der Auftragnehmerin vorgestellter Kandidat bzw. Kandidatin unterliegt ab dem Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Vorstellung einer Sperrfrist von 12 Monaten. Während dieser Sperrfrist wird eine Einstellung durch die GNH oder einer ihrer Gesellschaften der Auftragnehmerin vergütungspflichtig zugeordnet.

4.8 Verbot der Abwerbung

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, keine Mitarbeitenden der GNH oder einer ihrer Gesellschaften aktiv abzuwerben oder im Rahmen anderer Projekte anzusprechen. Dieses Verbot gilt für die Laufzeit der Rahmenvereinbarung sowie für 12 Monate nach dessen Ende.

5. Vertragslaufzeit

Die Rahmenvereinbarung wird für eine feste Laufzeit von zwei Jahren geschlossen. Sofern der Vertrag nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit schriftlich durch die Auftraggeberin gekündigt wird, verlängert sich der Vertrag automatisch um jeweils ein weiteres Jahr. Die maximale Vertragslaufzeit beträgt insgesamt vier Jahre.

5.1 Außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund

Die Rahmenvereinbarung kann von beiden Parteien aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn eine Partei ihre vertraglichen Hauptpflichten nachhaltig verletzt oder ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dauerhaft nicht mehr gegeben ist, insbesondere wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wird. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Bereits erteilte Aufträge können nach Wahl der Auftraggeberin beendet oder durch Dritte fortgeführt werden.

5.2 Mindestabnahme und Exklusivität

Der Abschluss der Rahmenvereinbarung begründet weder eine Verpflichtung der Auftraggeberin zur Abnahme bestimmter Mindestmengen oder eine grundsätzliche Abnahmeverpflichtung, noch ein ausschließliches Exklusivitätsrecht. Die Auftraggeberin ist berechtigt, Leistungen unter den nachfolgend geregelten Voraussetzungen auch außerhalb der Rahmenvereinbarung in Form von Einzelaufträgen zu vergeben:

Kann die Auftragnehmerin die Leistung ganz oder teilweise nicht erbringen oder innerhalb von **zwei Wochen**² nach Beauftragung keine geeigneten Kandidaten oder Kandidatinnen vorschlagen, ist die Auftraggeberin berechtigt, die betreffende Einzelleistung außerhalb der Rahmenvereinbarung an einen Dritten zu vergeben. Die Rahmenvertragspartnerin wird darüber informiert.

Bedarfsschätzung:

Bei der folgenden Bedarfsschätzung handelt es sich um eine Prognose auf Basis der derzeitigen Personalfluktuations- und Stellenbesetzung in der GNH und den weiteren mit ihr verbundenen Unternehmen. Es kann weder garantiert werden, dass alle aufgeführten Abfragen tatsächlich erfolgen, noch bereits jetzt gesagt werden, zu welchem Zeitpunkt im Jahr diese erfolgen. Die Angaben wurden aufgrund der zum Veröffentlichungszeitpunkt vorliegenden Bedarfs- und Haushaltslage getroffen und begründen keine Abnahmeverpflichtung gegenüber der Auftragnehmerin.

Abrufprognose:

Es ist beabsichtigt, im Kalenderjahr 2026 bzw. pro Jahr ab Vertragsbeginn mindestens zwei (2) und maximal fünfzehn (15) Abrufe auf Grundlage der Rahmenvereinbarung zu tätigen.

5.2 B-Kriterien „Zuschlagskriterien“

Das Angebot hat einen Gesamtangebotspreis sowie ggf. Einzelpreise zu beinhalten. Die anzugebenden Preise sind netto sowie brutto anzugeben und die gesetzliche Mehrwertsteuer ist zu benennen. Die Preise sind als pauschale **Festpreise** auszuweisen.

Die nachfolgenden Kriterien stellen sogenannte B-Kriterien (Zuschlagskriterien) dar. B-Kriterien sind die Bewertungskriterien, anhand derer Punkte vergeben werden. Diese Kriterien sollen idealerweise erfüllt sein. Bei Nichterfüllung erfolgt nicht automatisch ein Ausschluss, es können jedoch keine Punkte bei Nichterfüllung vergeben werden.

Die Zuschlagskriterien und deren Unterkriterien werden wie folgt gewichtet:

Preis 100%

² Nach Beauftragung erhält die Bieterin ein Reaktionsfenster von zwei Wochen, in dem auf die Beauftragung reagiert werden muss. Erfolgt innerhalb dieser zwei Wochen keine Reaktion, oder keine geeigneten Kandidatenvorschläge, ist die Auftraggeberin berechtigt, die betreffende Einzelleistung außerhalb der Rahmenvereinbarung an einen Dritten zu vergeben.

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der höchsten Punktzahl erteilt. Die Formel zur Ermittlung der Punktzahl lautet:

(Preis günstigster Bieter / Preis Bieter) * 100

6 Datenschutz

Hinweise zum Umgang mit den personenbezogenen Daten der Bieterinnen im Rahmen des Vergabeverfahrens finden sich in der **Anlage-09**.

7 Rechtliches

7.1 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Die zuständige Stelle für Rechtsbehelf-/Nachprüfungsverfahren ist:

Die Vergabekammer des Landes Hessen
bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Wilhelminenstraße 1-3
64283 Darmstadt
Telefon: 06151 12-6601 (Geschäftsstelle)
Telefax: 06151 12-5816
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Internet: <https://rp-darmstadt.hessen.de>

Verstöße gegen Vergabevorschriften sind gegenüber der Auftraggeberin binnen zehn (10) Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen (vgl. § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden. Teilt die Auftraggeberin mit, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann innerhalb von fünfzehn (15) Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer gestellt werden (§ 160 GWB).

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

7.2 Rechtsbehelfsbelehrung

Rügen der Bieterinnen, in denen diese einen Verstoß gegen die Vorschriften im Vergabeverfahren vortragen, sind an die Auftraggeberin zu richten.

Zu beachten ist § 160 Abs. 3 GWB.

Gemäß § 160 Abs. 3 GWB ist ein Antrag unzulässig, soweit

- die Antragstellerin den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen (10) gerügt hat: Der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt.
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden.
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden.
- mehr als fünfzehn (15) Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

8 Anlagen

Anlage-01_Adress-und-Kontaktdaten

Anlage-02_Erklaerung-Berwerber-Bietergememeinschaft

Anlage-03_Erklaerung-persoenliche-Lage

Anlage-04_Erklaerung-wirtschaftliche-und-finanzielle-Leistungsfahigkeit

Anlage-05_Erklaerung-technische-und-berufliche-Leistungsfahigkeit

Anlage-06_Konzern-Leitlinie-Supplier-Code-of-Conduct

Anlage-07_Eigenerklaerung-RUS-Sanktionen

Anlage-08_Konzern-Richtlinie-Informationssicherheit

Anlage-09_GNH-Datenschutzinformation

Anlage-10_AEB_GNH_2022

Anlage-11_Leistungsverzeichnis_2026-05-15_010

Anlage-12_Checkliste_Einzureichende-Unterlagen

Mit nachfolgender Unterschrift wird bestätigt, dass der Inhalt des vorliegenden Dokuments zur Kenntnis genommen wurde:

Unterschrift:

--

Ort, Datum, Name Bieterin, Firmenstempel